1 D 3417 D

türkei infodienst

NR. 70 ERSCHEINT 14-TÄGIG 5. DEZEMBER 1983

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12. September 1980 wurden in der Türkei 48 Menschen hingerichtet (darunter 25 politische Täter).

b) TODESSTRAFEN

19.11.83	Hasan Üresin	in Izmir
19.11.83	Ali Saglam	in Izmir
19.11.83	Akin Yalcin	in Izmir
19.11.83	Saadettin Özgür .	in Izmir
3.12.83	Cevdet Inak	in Diyarbakir
3.12.83	Hamili Yildirim	in Diyarbakir
3.12.83	Mehmet Yildirim	. in Diyarbakir

Die Strafen wurden verhängt im Dev-Yol-Prozeß für die Ägäis-Region und im Prozeß um die PKK-Gruppe Elazig (s. Prozesse).

Die Zahl der verhängten Todesstrafen seit der Ausrufung des Kriegsrechtes beträgt somit 273.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

19.11.83 2 Linke in Ankara

Die Zahl der geforderten Todesstrafen hat sich damit auf 5.714 erhöht.

d) PROZESSE

Tercüman vom 18.11.1983

6 Verurteilte aus der Friedensvereinigung haben sich immer noch nicht gestellt

6 der Verurteilten im Prozeß gegen die Friedensvereinigung haben sich auch gestern nicht gestellt. Bei diesen 6 Angeklagten handelt es sich um Ataol Behramoglu, Nedim Tarhan, Aybars Ungan, Nurettin Yilmaz, Ismail Hakki Öztorun und Sefik Ason.

Cumhuriyet vom 19.11.1983

Neuer Prozeß in Ankara

Vor dem Militärgericht in Ankara begann ein neuer Prozeß gegen drei Angeklagte, denen die Mitgliedschaft in der Organisation Devrimci Savas und verschiedene illegale Aktivitäten zur Last gelegt werden. Die Angeklagten sollen dafür in zwei Fällen mit dem Tode, in einem Fall mit einer Haftstrafe zwischen 5 und 15 Jahren bestraft werden.

Hürriyet vom 20.11.1983

Urteil im Ägäis Dev-Yol Prozeß: 4 Todesstrafen und 4 mal lebenslänglich

Der seit zwei Jahren andauernde Prozeß gegen die illegale Organisation Dev-Yol in der Ägäis-Region ging jetzt vor dem Militärgericht Nr. 2 in Izmir zu Ende. Das Gericht verurteilte vier der Angeklagten mit dem Tode, 4 Angeklagte erhielten eine lebenslängliche Haftstrafe, 107 Angeklagte wurden zu Strafen zwischen 4 Monaten und 20 Jahren verurteilt und 67 Angeklagte wurden mangels Beweisen freigesprochen. Die Akte eines Angeklagten wurde mit anderen Verfahren verbunden.
Siehe hierzu auch die Namen der zum Tode Verurteilten unter b). Die Zeitung Cumhuriyet vom Vortage berichtet ferner, daß die 79 noch in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten an der Verhandlung nicht teilnehmen durften, da sie schon vor längerer Zeit wegen ihrer Weigerung, Einheitskleidung zu tragen vom weiteren Prozeßverlauf ausgeschlossen wurden.

Cumhuriyet vom 20.11.1983

Halkin Kurtulusu Mitglied zu 4 Jahren und 2 Monaten Haft verurteilt

Vor dem Militärgericht in Izmir wurde Kamil Gedikoglu zu einer Haftstrafe von vier Jahren und 2 Monaten verurteilt, weil das Gericht ihn für schuldig gefunden hatte, der Organisation Halkin Kurtulusu angehört zu haben und die entsprechenden Zeitschriften gelesen zu haben.

Cumhuriyet vom 20.11.1983

Das TKP-Verfahren

Im TKP-Verfahren von Ankara wird der militärische Staatsanwalt Kemal Kadioglu sein Plädoyer in der Verhandlung am 25. November 1983 beenden. Hier wird der Staatsanwalt noch zu weiteren 81 Angeklagten Stellung beziehen.

Cumhuriyet vom 21.11.1983

In Ankara beginnt ein neues Verfahren gegen 12 Angehörige der THKP-C

Vor dem Militärgericht in Ankara beginnt ein neuer Prozeß gegen 12 Angehörige der THKP-C. Den Angeklagten wird die Gründung einer illegalen Organisation, Mitgliedschaft in dieser Organisation, Einfuhr von Explosiva aus dem Ausland und Verstoß gegen das Waffengesetz vorgeworfen. In zwei Fällen wurde das Verfahren eingestellt und ein Angeklagter, dem der Verstoß gegen das Waffengesetz zur Last gelegt wird, soll eine Haftstrafe von einem Jahr bekommen. Für die übrigen Angeklagten werden Haftstrafen zwischen 5 und 15 Jahren gefordert.

Cumhuriyet vom 22.11.1983

Neuer Prozeß in Istanbul

In Istanbul wurde durch die Militärstaatsanwaltschaft

die Anklageschrift gegen 89 Angeklagte vorgelegt, denen die Mitgliedschaft in der Organisation THKP-C Ücüncü Yol (3. Weg), Plakate und Aufkleber anbringen, Raub, Bombardierung von Gebäuden und der Mord an einer Person zur Last gelegt werden. Die Ermittlungen waren zunächst gegen 138 Personen geführt worden, von denen nun in 89 Fällen die Anklage eröffnet wurde. Die Staatsanwaltschaft fordert in diesem Prozeß für die Angeklagten eine Haftstrafe zwischen 3 und 15 Jahren, wobei hier die §§ 146/3, 168/2 und 169 zugrunde liegen.

Cumhuriyet vom 22.11.1983

Der Prozeß gegen die Schriftstellergewerkschaft

Im Prozeß gegen die Schriftstellergewerkschaft vor dem Militärgericht in Istanbul wurde mit dem Verlesen der Beweismittel fortgefahren. Es waren zwei Bänder mit Aufzeichnungen von den Reden zum 78. Geburtstag von Nazim Hikmet eingetroffen. Die Angeklagten, von denen lediglich 15 anwesend waren, weil die anderen 3 im Verfahren gegen die Friedensvereinigung angeklagt waren, und die Verteidiger erbaten sich eine Frist, um auf diese Bandaufzeichnungen reagieren zu können. Die Sitzung wurde auf den 26. Dezember vertagt.

Cumhuriyet vom 22.11.1983

Prozeß gegen Necati Güngör wurde eingestellt

Der Prozeß gegen den Schriftsteller Necati Güngör wegen seines Buches "Zwei Wolken auf der Erde", der vor dem Militärgericht Nr. 3 in Istanbul durchgeführt wurde, ist in der Verhandlung am 15.11.1983 durch die Kammer eingestellt worden. Das Buch war im Dezember 1982 erschienen. Die Anklage hatte auf 'Lob des Kommunismus' gelautet. Die Einstellung des Verfahrens wurde einstimmig beschlossen.

Cumhuriyet vom 23.11.1983

Muzaffer Erdost wurde freigesprochen

Das Verfahren gegen den Verleger Muzaffer Erdost, der im Zusammenhang mit einem Interview für das holländische Fernsehen über den Tod seines Bruder Ilhan im Militärgefängnis von Mamak angeklagt worden war, weil er das Ansehen der Türkei im Ausland geschädigt haben sollte, endete nun mit einem Freispruch. Das Gericht in Ankara (Militärgericht Nr. 3) entschied, daß nicht genügend Beweismittel in dem Falle vorliegen. Außerdem wurde darauf verwiesen, daß die Verantwortlichen für den Tod von Ilhan Erdost zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden.

Cumhuriyet vom 23.11.1983

Neuer Prozeß in Istanbul

Vor dem Militärgericht Nr. 3 in Istanbul wurde ein Prozeß gegen 3 Angehörige der IGD (Verein der fortschrittlichen Jugend) eröffnet. Der Angeklagte Mehmet Özot wird dabei für den Mord an dem Dev-Yol Mitglied Inan Kolay verantwortlich gemacht und soll dafür eine Haftstrafe von 30 Jahren erhalten. Die anderen Angeklagten sollen wegen Beihilfe und Mitgliedschaft in der IGD zu Haftstrafen von mindestens 5 Jahren verurteilt werden.

Tercüman vom 24.11.1983

Prozeß gegen Dev Maden-Sen

Die Militärstaatsanwaltschaft in Istanbul hat gegen 16 Leiter der Gewerkschaft Dev Maden-Sen einen Prozeß angestrengt, in dem für die Angeklagten zwischen 6 Jahren, 8 Monaten und 20 Jahren Haft gefordert werden. Den Gewerkschaftern wird vorgeworfen mit Organisationen wie der TKP, Dev-Yol und Savas Yolu zusammen gearbeitet zu haben und sich an illegalen Aktionen der DISK beteiligt zu haben.

Cumhuriyet vom 24.11.1983

Im Esme-TDKP Verfahren wurden 16 Angeklagte zu verschiedenen Strafen verurteilt

Der Prozeß gegen Angehörige der TDKP aus Esme endete vor dem Militärgericht Nr. 2 in Izmir mit der Verurteilung von 16 Angeklagten, die zu Strafen zwischen 6 Monaten und 5 Jahren verurteilt wurden. Neben Nejdet Gökce, gegen den die Anklage Todesstrafe gefordert hatte, wurden weitere 11 Angeklagte freigesprochen.

Cumhuriyet vom 24.11.1983

Der Einspruch gegen die Haftbefehle im Verfahren gegen die Friedensvereinigung wurde nicht zugelassen

Der Einspruch gegen die Inhaftierung der im Prozeß gegen die Friedensvereinigung zu Haftstrafen von 5 bis 8 Jahren verurteilten 23 Personen wurde nicht zur Bearbeitung zugelassen. In der Begründung des Vorsitzenden Richters Bahri Yagci heißt es, daß der Einspruch jeglicher juristischer Grundlage entbehre.

Cumhuriyet vom 24.11.1983

Im DISK-Verfahren wurde Isiklar des Saales verwiesen

Im Verfahren gegen die DISK wurde der Generalsekretär der DISK, Fehmi Isiklar, des Saales verwiesen. Das Gericht gab als Begründung an, daß der Angeklagte mit lauter Stimme in der Verhandlung gesprochen habe und daß er das Gericht beleidigt habe. Zu dem Vorfall war es gekommen, weil der Generalsekretär in seiner Antwort auf die Beweismittel, die in der vorherigen Verhandlung verlesen worden waren, angeblich zu ausführlich vorging. Der Richter hatte ihn mit den Worten, ich kann es ihnen nicht klar machen, auf den langen Text reagiert. Darauf antwortete Isiklar mit der gleichen Bemerkung. Dies führte den Richter Cetin Güvener dazu, Fehmi Isiklar zurechtzuweisen, daß er nicht mit lauter Stimme sprechen solle. Isiklar reagierte darauf, indem er sagte, daß der Richter sie ebenfalls anschreie. Daraufhin wurde Fehmi Isiklar des Saales verwiesen. Der Prozeß wurde auf den morgigen Tag vertagt.

Cumhuriyet vom 24.11.1983

Gegen den Vorsitzenden der DYP wurde ein neues Verfahren eröffnet

Gegen den Vorsitzenden der 'Partei des Rechten Weges' (DYP), Yildirim Avci, wurde durch die Staatsanwaltschaft von Antalya ein weiteres Verfahren eröffnet. Hier wird ihm ebenfalls vorgeworfen, die Bevölkerung dazu aufgefordert zu haben, keine Stimme abzugeben. Avci sagte dazu, daß er wie überall, so auch in Antalya lediglich gesagt habe, daß seine Partei keine der anderen Parteien unterstütze, er aber gleichzeitig darauf verwiesen habe, daß jeder Bürger zur Wahl gehen solle.

Cumhuriyet vom 24.11.1983

Yalcin Kücük wurde freigelassen

Nach der Verhandlung vor dem Militärrevisionsgericht in Ankara wurde die Haftentlassung des Dozenten Dr. Yal-

cin Kücük angeordnet. Yalcin Kücük war zuvor von dem Militärgericht in Istanbul zu einer Haftstrafe von 8 Jahren verurteilt worden, weil er in seinem Buch 'Für eine neue Republik' den Kommunismus gelobt haben sollte. Das Revisionsgericht hob nun das Urteil aus formellen Gründen auf. Dozent Yalcin Kücük befindet sich seit dem 15.2.1983 im Militärgefängnis Metris.

Cumhuriyet vom 25.11.1983

Oktay Akbal aus der Haft entlassen

Oktay Akbal, der zu den Journalisten unserer Zeitung gehört, wurde gestern, nach Verbüßung seiner dreimonatigen Haftstrafe, entlassen. Er war wegen der Kolumne 'Unsere Bürgerpflicht' vom 6.10.82 zu dieser Freiheitsstrafe verurteilt worden. Die Strafe war einmal um 4 Monate verschoben worden. Oktay Akbal mußte seine Haft schließlich am 26.8.83 antreten.

Cumhuriyet vom 25.11.1983

Neuer Haftbefehl gegen Yalcin Kücük

Während auf der einen Seite die Haftentlassung des Dozenten Dr. Yalcin Kücük nicht durchgeführt werden konnte, weil der Beschluß des Militärrevisionsgerichtes nicht in Istanbul eingetroffen ist, wurde inzwischen ein neuer Haftbefehl durch die Militärstaatsanwaltschaft in Istanbul ausgestellt. Dieser Haftbefehl steht im Zusammenhang mit dem Vorwurf, gegen den § 159 des türkischen Strafgesetzes (Beleidigung der Militärstreitkräfte des Staates) verstoßen zu haben. In dieser Angelegenheit sind Ermittlungen gegen den Dozenten anhängig und zur Aufnahme seiner Aussage wurde er festgenommen.

Cumhuriyet vom 25.11.1983

2 mal lebenslänglich im Dev-Yol Verfahren

Das Dev-Yol Seyranbaglari Verfahren ergingen die Urteile. 3 der Angeklagten wurden zunächst mit dem Tode bestraft. Unter Anwendung des § 59 wurden zwei davon in lebenslänglich und eine in 20 Jahre Zuchthaus verwandelt. 8 weitere Angeklagte erhielten verschiedene Haftstrafen. 10 Angeklagte wurden freigesprochen.

Cumhuriyet vom 27.11.1983

Drei Leiter eines geschlossenes Vereines wurden verurteilt

Drei Angehörige des Kulturvereines der Kreisstadt Aksakal wurden vor dem Strafgericht in Bandirma zu Haftstrafen von je 6 Monaten verurteilt. Die Anschuldigigung lautete auf Kommunispropaganda. Ein weiteres Vereinsmitglied wurde freigesprochen.

Cumhuriyet vom 27.11.1983

Der ehemalige Abgeordnete der CHP, Veli Zeren, wurde freigesprochen

Der ehemalige Abgeordnete der CHP, Veli Zeren, wurde jetzt vor dem Militärgericht Nr. 2 in Ankara von dem Vorwurf der Beleidigung der Justiz freigesprochen. Die Beleidigung sollte in einem Telegramm an den Vorsitzenden Bülent Ecevit ausgesprochen worden sein. Das Gericht vertrat die Ansicht, daß der Tatbestand der Beleidigung der Justiz in dem Telegramm zwar enthalten sei, daß ein Telegramm jedoch nur den zum Schweigen verpflichteten Beamten zu Gesicht komme und daher keine öffentliche Beleidigung stattgefunden habe.

Cumhuriyet vom 28.11.1983

Militärgerichtshof hob einige Strafen aus dem Izmir TKP-Verfahren auf

Die 1. Kammer des Militärrevisionsgerichtshofes verhandelte die Urteile des Militärgerichtes in Izmir im Falle von 25 Angehörigen der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP). Das Gericht bestätigte die Strafen für vier Verurteilte und 3 Freigesprochene, während es in 17 Fällen gegen die erstinstanzlichen Urteile entschied.

Cumhuriyet vom 30.11.1983

Devrimci Yol Verfahren von Ankara

Im Verfahren gegen 707 Angeklagte der Organisation Dev-Yol in Ankara werden heute die Anträge auf Haftentlassung verhandelt. Der Prozeß hatte mit 574 Angeklagten begonnen und die Zahl der Angeklagten war dann auf 707 gestiegen. Gegen 213 der Angeklagten wird die Todesstrafe gefordert. In der Zwischenzeit sind Turgay Erbag, Zafer Müctebagoglu und Abdullah Gülbudak in der Haft verstorben.

Cumhuriyet vom 30.11.1983

Das EM-AS Verfahren wurde mit dem Genel-Is Verfahren verbunden

Die Verfahren gegen die Leiter der Druckerei Em-As und die Gewerkschaft Genel-Is, die beide vor dem Militärgericht in Istanbul verhandelt werden, wurden miteinander verbunden. Das Em-As Verfahren, in dem 11 Personen, unter ihnen der DISK-Vorsitzende Abdullah Bastürk, angeklagt sind, war mit dem Antrag auf Zusammenlegung mit dem DISK-Verfahren nach Istanbul gesandt worden. Für Abdullah Bastürk wird in dem DISK-Verfahren die Todesstrafe, im Genel-Is Verfahren eine Haftstrafe zwischen 8 und 15 Jahren gefordert. Für die Angeklagten des Em-As Verfahrens werden zwischen 5 und 15 Jahren Haft gefordert.

Hürriyet vom 3.12.1983

3 weitere Todesstrafen im Apocu-Verfahren

Im Verfahren um die PKK-Gruppe von Elazig wurden die Urteile gefällt. Von den 148 Angeklagten wurden 3 zum Tode verurteilt; 10 Angeklagte wurden zu lebenslanger Haft und 10 zu Gefängnisstrafen zwischen 20 und 30 Jahren verurteilt. 53 Angeklagte wurden freigesprochen. Folgende Personen wurden zum Tode verurteilt: Cevdet Inak, Hamili Yildirim und Mehmet Yildirim.

e) VERHAFTUNGEN

In Gaziantep wurden 9,5 kg Haschisch beschlagnahmt und in diesem Zusammenhang drei Personen festgenommen (Tercüman vom 19.11.1983).

In Balikesir wurden fünf Angehörige der TDKP festgenommen. Ihnen werden unerlaubte Aktivitäten vor dem 12. September 1980 zur Last gelegt (Cumhuriyet vom 19.11.1983).

Von den in Bursa festgenommen Waffenschmugglern wurden 7 Personen in Untersuchungshaft genommen (Tercüman vom 22.11.1983).

Im Kreis Derik der Provinz Mardin wurden Waffen und Munition der Organisation KUK beschlagnahmt. Diese Waffen gehören den Organisationsmitgliedern, die vor einiger Zeit festgenommen worden waren und die nun

Orte zeigten (Cumhuriyet vom 22.11.1983).

Von den vor einiger Zeit in Izmir in Polizeihaft genommenen 12 Mitglieder der TDY wurden 2 Personen in Untersuchungshaft eingeliefert (Cumhuriyet vom 25.11.1983).

Bei Verkehrskontrollen in Istanbul nahm die Polizei innerhalb von 3 Stunden insgesamt 6 Millionen TL als Strafe ein. Des weiteren wurden 104 Personen festgenommen, die ihr Fahrzeug ohne Führerschein führten (Cumhuriyet vom 28.11.1983).

In Izmir wurden 11 Militante der Dev-Yol verhaftet. Sie sollen verschiedene illegale Aktivitäten zugegeben haben (Cumhuriyet vom 30.11.1983).

f) MORDE

Cumhuriyet vom 23.11.1983

Der Mord wegen "verbotener Liebe" hat eine Blutrache hervorgebracht: 5 Tote

Nachdem am vorgestrigen Tag ein Schäfer seine Schwester und ihren Liebhaber umgebracht und sich daraufhin der Polizei gestellt hatte, sind die Neffen des getöteten Mannes hingegangen und haben drei Mitglieder der anderen Familie umgebracht. Diese zwei Täter werden derzeit noch gesucht. Auf der anderen Seite hat die Gendarmerie die Sicherheitsmaßnahmen in dem Dorf in der Nähe von Tarsus, in dem die zerstrittenen Familien wohnen, verstärkt.

Cumhuriyet vom 24.11.1983

Ein Fahrer, der vier Unfälle verursachte, wurde bei einer bewaffneten Auseinandersetzung getötet

Sakip Kandemir, der mit seinem PKW die E-5 in der Höhe von Edirne befuhr, hat in einer lang andauernden Fahrt und Verfolgungsfahrt insgesamt 4 Fahrzeuge beschädigt. Als er dann von der Polizei gestellt wurde, zog er ein Schwert und griff die Polizei an. Bei der folgenden Auseinandersetzung wurde er getötet. Bei dem Toten wurden 550.000 TL gefunden.

g) FOLTER

Cumhuriyet vom 22.11.1983

Ein Folterpolizist wurde zu 7,5 Monaten Haft verurteilt

In dem Prozeß gegen drei Polizisten wegen Mißhandlung, Hausfriedensbruch und Freiheitsberaubung wurde der Polizist Mehmet Yilmaz zu einer Haftstrafe von 7,5 Monaten verurteilt. Des weiteren erkannte das Gericht auf eine 2,5 monatige Strafe in der Form von Entfernung vom Dienst. Die anderen zwei Polizisten wurden freigesprochen. Die drei Beamten waren am 10.8.1981 in die Wohnung der Yücesans eingedrungen und hatten die Brüder Enver und Orhan mißhandelt.

Cumhuriyet vom 24.11.1983

4 Polizisten wurden freigesprochen

Vor dem Militärgericht Nr. 2 in Ankara ging der Prozeß gegen 4 Polizisten zu Ende, denen vorgeworfen worden war, den Angeklagten der TIKP, Koray Satiroglu, in der Haft gefoltert zu haben. Das Gericht kam zu der Ansicht, daß es nicht genügend Beweismittel für die Schuld der Angeklagten gibt und sprach die Polizeibeamten Gündüz Yildirim, Hüsnü Gök, Süleyman Esendemir und Erdal Caylak frei.

Cumhuriyet vom 25.11.1983

Folterprozeß

Der Prozeß wegen der Folterungen an dem Gefangenen Gökhan Harmandalioglu ging in Ankara weiter. Der Anwalt des Geschädigten forderte die Beiziehung der Akte aus dem Prozeß gegen Mehmet Yilmaz, in dem dieser zu einer Freiheitsstrafe von 7 Monaten verurteilt worden war. Der Angeklagte Mehmet Yilmaz gab daraufhin an, daß er gegen das Urteil des Gerichtes in Yenimahalle Revision einlegen werde. Neben Mehmet Yilmaz ist noch ein weiterer Polizeibeamter angeklagt.

Demokratisierung

Tercüman vom 21.11.1983

In Yesilköy sind die Taxen von einer Farbe und die Fahrer einheitlich gekleidet

Am neuen Flughafen für Istanbul wurden die Taxis in einer einheitlichen rosa Farbe gespritzt und die Fahrer bekamen eine Einheitskleidung. Die Taxifahrer müssen jeden Monat 4.000 TL als Standgebühr bezahlen und haben demgegenüber auch Forderungen. Wie ein Sprecher von ihnen angab, fehlen sowohl Warteraum als auch eine Toilette.

Tercüman vom 25.11.1983

Das Geburtshaus von Evren wird zum Museum

Das im Kreis Kula der Provinz Manisa gelegene Geburtshaus des Staatspräsidenten Kenan Evren soll im Jahre 1984 zu einem Museum umgebaut werden. So wurde es im Tourismus- und Kultusministerium beschlossen und dem Landrat der Stadt mitgeteilt. Das Haus ist schon über 250 Jahre alt.

Cumhuriyet vom 26.11.1983

In Balikesir sind 18 MDP'ler in die DYP eingetreten

18 Mitglieder der Partei der Nationalistischen Demokratie (MDP) in Balikesir sind gemeinsam zurückgetreten und haben sich anschließend als Mitglieder bei der Partei des Rechten Weges (DYP) eingetragen. Als Begründung für ihren Rücktritt gaben sie an, daß sie niemand (von Bedeutung) bei der MDP entdecken konnten.

Cumhuriyet vom 27.11.1983

Bei der Gendarmerie wurde eine Abteilung "Ermittlung- Befragung" gegründet

Im Rahmen des Informationspräsidiums in der Generalkommandantur der Gendarmerie wurde eine Abteilung "Ermittlung-Befragung" gegründet. Diese Abteilung soll bei organisiertem Verbrechen die notwendigen Beweismittel zusammentragen. Es wurde jeweils ein Team für die Befragung und ein Team für Rauschgift gegründet. Die Teams können bei Bedarf auch ihre Aktionsorte verlegen.

Cumhuriyet vom 27.11.1983

Seit dem 12. September wurden 6.825 Sicherheitsbeamte entlassen

Seit dem 12. September 1980 wurden aus verschiedenen Gründen insgesamt 6.825 Sicherheitsbedienstete aus dem Dienst entlassen. Unter den Entlassenen sind 1.253 Personen, denen vorzeitig gekündigt wurde. 214 Personen wurden nach dem Gesetz Nr. 1402 aus dem Dienst entlassen. Bei den übrigen Beamten handelt es sich um Berentung und Todesfälle.

Cumhuriyet vom 28.11.1983

Anwaltskammer: Amnestie kann die Demokratie nicht gefährden

In einem Interview mit der Wochenzeitschrift Yanki gab der stellvertretende Vorsitzende der Anwaltskammer der Türkei, Teoman Erel, an, daß eine Amnestie zum Wohle der Gesellschaft sei. Tausende von Menschen in den Gefängnissen warteten auf eine solche Entscheidung des Parlamentes.

Cumhuriyet vom 29.11.1983

Kommentar von Ugur Mumcu: Gesellschaften ...

Aus den Zeitungen entnehmen wir, daß gegen die Aufsichtsratsmitglieder der in Konkurs gegangenen Banken Ermittlungen angestrengt werden. Wenn wir uns umschauen stellen wir fest, daß im Aufsichtsrat der untergegangenen Hisarbank der Vorsitzende der Beratenden Versammlung, Prof. Dr. Sadi Irmak, sitzt.Prof. Celikbas, der für das Parlamentspräsidium im Gespräch ist, sitzt im Aufsichtsrat der Akbank, in dem auch Prof. Memduh Yasa (MDP-Abgeordneter) ist. Turgut Özal wiederum hat als Koordinator der Sabanci Holding fungiert, an die die Akbank angeschlossen ist.
Auch der MDP Vorsitzende Turgut Sunalp ist in einem Aufsichtsrat, und zwar bei der Garanti Bankasi, die von der Koc Holding erst vor kurzem abgestoßen wurde. Außerdem gehört er noch zum Aufsichtsrat der NETAS (Northern Electric Telecommunication) und das sogar als Vorsitzender.
Kurzum, die ANAP wurde von dem ehemaligen Koordinator der Sabanci Holding gegründet und die MDP von einem Aufsichtsratsmitglied einer der Koc Holding angeschlossenen Bank. *Im Folgenden werden weitere Beispiele von Politikern mit entsprechenden Posten in der Wirtschaft aufgezählt, tid.*
Man möge mich nicht falsch verstehen. Ich behaupte nicht, daß es ein Verbrechen ist, in einem Aufsichtsrat seine Aufgabe zu erfüllen. Aber warum fragen sich diejenigen, die immer behauptet haben, daß die Vereine sich in Staatsgeschäfte eingemischt haben, daß sie eine "Gewaltherrschaft" gründen wollten, nicht, ob die "Kaisertümer des Geldes" nicht die Politik beeinflussen?

BRD

Hürriyet vom 1.12.1983

Die Vereinigung Ausländischer Arbeiter in Hessen kritisierte das Rückkehr-Gesetz

Die Vereinigung Ausländischer Arbeiter in Hessen hat das vor einigen Tagen verabschiedete Rückkehr-Gesetz mit harter Sprache kritisiert. Die Vereinigung wies darauf hin, daß dieses Gesetz bei den Deutschen einen falschen Eindruck erzeugen werde und die 270.000 arbeitslosen Ausländer im Lande mit ihrem Schicksal allein lassen werde. Das den Rückkehrern gezahlte Geld sei keine Hilfe, sondern ein Teil der Ansprüche, der Arbeiter.
Die Organisation bewertete ddas Inkraftsetzen des Gesetzes als eine Politik der Täuschung des Volkes und beschuldigte die Regierung wegen ihrer Haltung zum Thema Ausländer der Unglaubhaftigkeit.

Hürriyet vom 29.11.1983

Das Rückkehr-Gesetz wurde mit einem leeren Faß verglichen

Nach der Verabschiedung des Gesetzes teilten unsere Landsleute ihre Ansichten mit und sagten, daß das Gesetz nicht funktionieren werde.
Sie wiesen darauf hin, daß die Prämie von 10.500 DM so viel wie gar nichts sei und kritisierten, daß die Auszahlung der Versicherungsprämien erst nach Rückkehr in die Türkei vorgenommen werde.
In einem richtigen Rückkehr-Gesetz müßten auch die Arbeitgeberanteile Platz finden und die Prämien müßten jedem Rückkehrenden ohne Bedingungen gezahlt werden. Das Gesetz wurde weiterhin mit einem leeren Faß verglichen, das dem zurückkehrenden Arbeiter keinen Nutzen bringe. Das Gesetz sei nur eine Falle. Es habe nur Vorteile für die deutsche Regierung, nicht für den türkischen Arbeiter. Wenn auch der Arbeitgeberanteil und das Arbeitslosengeld für 1 Jahr gezahlt würde, so könnte man von einem Anreiz zur Rückkehr sprechen.

Milliyet vom 26.11.1983

Der 10.500 DM-Entwurf wurde zum Gesetz

Die Vorlage zum Rückkehr-Gesetz passierte den Bundesrat und erhielt damit Gesetzeskraft. Die SPD-Mitglieder im Bundesrat lehnten den Entwurf ab.
Freiwillig zurückkehrende arbeitslose Ausländer erhalten nach dem Gesetz 10.500 DM und außerdem für alle Kinder unter 15 Jahren je 1,500 DM zusätzlich.
Wer nach dem 30.10.1983 arbeitslos wird aufgrund von Konkurs oder Schließung seiner Firma oder wer mindestens seit 6 Monaten Kurzarbeit macht, kann von diesem Gesetz Gebrauch machen.
Die Antragstellung muß bis zum 30.6.1984 erfolgen.
Arbeitsminister Blüm wandte sich mit seiner Rede vor dem Bundesrat gegen das Gesetz. Er sagte, daß es gegen die Ausländer sei. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Späth, forderte zusätzlich die Einführung der 6-Jahres-Altersgrenze für die Einreise von Kindern ausländischer Arbeiter. Außerdem müßten ernsthafte Maßnahmen für die Integration der Ausländer unternommen werden. Der Bürgermeister von Bremen, Koschnick wandte sich gegen die Rückzahlung der Prämien der Rentenversicherung; damit verlören die Rückkehrer ihre Rentenansprüche. Koschnick wandte sich entschieden gegen die 6-Jahres-Altersgrenze. Hier gäbe es verfassungsmäßige Bedenken.

Hürriyet vom 26.11.1983

Asylanten begannen Hungerstreik

38 libanesische und 34 palästinensische Familien in einem Sammellager in Berlin/Moabit begannen einen Hungerstreik. In einer Erklärung wiesen sie daraufhin, daß der Direktor des Lagers vom Senat täglich 16 DM pro Person erhält. Ein großer Teil dieses Geldes wird für das Gebäude ausgegeben. Nur 4 DM wird für die Betreuung der Asylanten ausgegeben. Diese Methode sei unmenschlich. Die Familien teilten mit, daß sie den Hungerstreik bis zur Verbesserung der Bedingungen weiterführen werden.

Hürriyet vom 26.11.1983

Deutschland wird türkische Terroristen ausliefern

Der Staatssekretär im Innenministerium, Carl Dieter Spranger, erklärte, daß die Auslieferung von türkischen Terroristen im Lande fortgesetzt werde. Der Staatssekretär informierte das Parlament über die Asylpolitik der

Bundesregierung und sagte, daß entsprechend des Abkommens zwischen der Türkei und Deutschland türkische Terroristen, deren Auslieferung die Türkei verlangt, wie früher ohne Bedingungen ausgeliefert werden.

Tercüman vom 25.11.1983

4 Neo-Nazis, die ein Asyllager bombadiert hatten, wurden verhaftet

4 Neo-Nazis, die ein Gebäude beschossen hatten, in dem sich afghanische Asylanten wohnten und die weiterhin Drohbriefe abgegeben hatten, wurden von der Polizei verhaftet. Die Personen im Alter von 16-21 Jahren hatten auch einen Sportclub gegründet. Die Anklage lautet auf bewaffneten Überfall, Gründung einer illegalen Organisation, Beschreiben von Mauern mit Sprüchen gegen Türken und Ausländer und unerlaubter Waffenbesitz.

Tercüman vom 25.11.1983

5 Türken, die politischen Kampf begannen, wurden ausgewiesen

5 Türken wurden vom Darmstädter Verwaltungsgericht ausgewiesen. Sie waren vor dem 12. September 1980 gekommen und hatten politische Auseinandersetzungen begonnen und diese auch weitergeführt.
Die 5 Türken sind zwischen 20 und 39 Jahre alt. 3 sind extreme Linke und 2 extreme Rechte. Sie wurden in Frankfurt ins Flugzeug gesetzt und in die Türkei ausgeflogen.

Hürriyet vom 24.11.1983

Deutsche Grausamkeit

Ein Beispiel für die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland hat auch die 11-jährige Yelda erlebt. Das 11-jährige Mädchen wurde von einem deutschen Jugendlichen in Berlin auf üble Weise krankenhausreif geschlagen.
Der Jugendliche ohrfeigte das Mädchen und schlug es mit Fäusten, wobei er " Dreckige Türken haut ab " sagte. Er flüchtete später, indem er einen Bus bestieg.
Die Eltern des Mädchens sagten, daß der Busfahrer den Vorfall gesehen, aber nicht eingegriffen habe. Er ließ den Täter einsteigen und beförderte ihn.

Milliyet vom 21.11.1983

6 Türken, die den Meric mit dem Ruderboot überquerten, beantragten in Griechenland Asyl

Die griechischen Behörden teilten mit, daß 6 Türken, darunter eine Frau und 2 Kinder den Fluß Meric überquert und Asyl beantragt haben.
Die Türken, deren Personalien noch nicht bekannt sind, hatten vorgestern den Meric überquert und sich an die griechischen Behörden gewandt. Es wurde mitgeteilt, daß der Mann der 30-jährigen Frau vor 3 Monaten in Griechenland Asyl beantragt hat.

Wirtschaft

Milliyet vom 22.11.1983

Sevket Yilmaz sagte: "Auch in den Freihandelszonen muß es Streikrecht geben"

Der Vorsitzende der Türk-Is, Sevket Yilmaz, sagte: "Grundrechte wie gewerkschaftliche Organisierung, Tarifrecht und Streik muß es auch in den Freihandelszonen geben."

Hürriyet vom 28.11.1983

"Wir müssen die Zeche zahlen"

Der Vorsitzende der Türk-Is, Sevket Yilmaz, bewertete die Übernahme der Hisarbank, Odibank und Istanbul Bankasi durch die staatliche Landwirtschaftsbank und sagte: *"Die Besitzer dieser Banken nahmen Kredite auf, ohne an ihre Folgen zu denken. Danach haben sie diese Gelder an den Schweizer-Seen verprasselt. Und jetzt wollen sie, daß wir mit unseren Steuergeldern für diese Kredite aufkommen. Ich frage: Wo ist die gerechte und realistische Kontrolle des Staates?"*

Cumhuriyet vom 27.11.1983

6 Millionen Lohnabhängige in der Klemme

In den Familien der 6 Millionen Abhängigbeschäftigten nimmt die Sorge um die Lebenshaltungskosten zu. Die Preiserhöhungen, die durch Erdölverteuerung angefacht wurden, schlugen in der Haushaltskasse der Minderbemittelten eine Bresche nach der anderen. Die Inflationsrate hat nach Angaben des Handelsministeriums ohne die Preiserhöhungen vom November 36% überschritten. Nur die Verteuerungswelle in der letzten Woche überflügelt bei weitem den gesamten vorgesehenen Lohnzuschlag.

Cumhuriyet vom 30.11.1983

Die Küchenausgaben einer vierköpfigen Familie überschreiten die Marke von 40.000 Lira

Die Küchenausgaben einer vierköpfigen Familie für ausreichende Ernährung erreichen im Monat die 40.000 Lira Marke. Damit erhöhten sich die Küchenausgaben, ohne daß die letzten Preiserhöhungen sich im Einzelhandel bemerkbar gemacht hätten, im Monatsdurchschnitt um 5,3%.

Milliyet vom 30.11.1983

Die ökonomischen und finanzpolitischen Grundsätze der Özal-Regierung

1.Steuererhöhungen als Inflationsdämpfung sind vorgesehen. Die Wachstumsrate 4% wird angestrebt.
2.Sollte eine Bank Pleite machen, wird 80% der Spareinlagen sofort zurückerstattet.
3.Die Banken werden alle drei Monate ihre finanzielle Lage der Öffentlichkeit mitteilen, damit die Sparer sich informieren können, bevor sie ihr Geld zur Bank bringen.
4.Der Zinssatz, der heute bei 32% liegt, wird in Zukunft für Spareinlagen auf 45% erhöht.

Internationale Beziehungen

Cumhuriyet vom 26.11.1983

Die Zypern-Debatte hat im Europarat eine Krise heraufbeschworen

Zum ersten Mal in der 34jährigen Geschichte des Europarates ging gestern eine Sitzung des Ministerrates ohne

Time, 21.11.1983: "Martial Law Is Not Permanent"

The Prime Minister-elect talks about the road ahead

Shortly after election returns confirmed that his Motherland Party had won a majority in the Turkish parliament, Prime Minister-elect Turgut Özal talked with TIME's Roberto Suro and Mehmet Ali Kislali. It was his first extended postelection interview. Excerpts:

Q. What were the most important factors contributing to your victory?

A. We did not say we were right or left but that we are conservative on moral issues. We believe in a free-market economy. We are not dreamers about social justice, but will take an intelligent approach to that issue. We based a lot of our campaign on the television time made available to each party by the state. Television was the key to this election.

Q. How do you plan to handle the Turkish economy?

A. We believe we have to act quickly to stimulate exports and facilitate investment both domestically and from abroad. We will encourage voluntary savings in many ways, including selling shares in state infrastructure projects like bridges and dams. We also want to minimize government interference in the economy because a good free-market economy will make the best use of our resources.

Q. What about Greece and Cyprus?

A. I am afraid I do not have any new ideas on this difficult issue. I would like to increase economic relations with Greece. The other problems will take more time to solve.

Q. What will be Turkey's policy toward the Middle East?

A. We cannot do much about the Arab-Israeli conflict or Lebanon. These are already superpower problems. But I think Turkey can play a much bigger role in trying to stop the Iran-Iraq war. We are friendly with both countries. They are both our neighbors. The war has gone to the stage of nonsense killing that has no results. Aside from humanitarian reasons, it is very much in our economic interest to see an end to the war.

Our basic foreign policy remains oriented toward the West. But in the past few years we have developed closer ties to the Islamic world because our commercial and economic interests lie in the Middle East. This is not an alternative to a Western orientation. Turkey should be the economic bridge between the West and the Middle East, just as it is the geographic bridge between the two areas.

Q. How do you see relations with the U.S.?

A. During the period of military rule, our relations with the U.S. were better than with our European partners. The U.S. understood more clearly than the Europeans the special situation in Turkey. I think the same understanding should continue. Turkey's economic development is a must if we are going to be a good partner in the Western system. But our economic development and our NATO commitments sometimes present conflicting demands. Therefore we should be able to count on more aid from the U.S.

Q. Some of your European partners criticized the election process as undemocratic. How do you respond to these charges?

A. I feel the critics must be quieter now because they have seen that more than 92% of the electorate voted. The results showed that the Turkish people decided for themselves and were not under the influence of any group. This is a positive sign that the nation is returning to democracy.

Q. Much of the criticism focused on the large number of people the military government prohibited from participating. How do you feel about opening up the process to other parties?

A. The present regime thought that a new political life should be created with new parties. They felt that the politicians of the past had helped create chaos and that if the old parties returned, anarchy might return with them. We are a completely new party, and we were very successful. We see elections as a race, and the more athletes participating in the race, the more valuable winning becomes.

Q. How do you view the status of the press in Turkey?

A. The treatment of the press is completely up to the martial-law commanders, and we really do not have much influence on them.

Q. You were not the favored candidate of the military. How do you see your relations developing with President Kenan Evren?

A. I am a good-natured man, and so is our President. We will get along very well. We are not looking backward, but we are looking forward because Turkish interests lie in cooperation and understanding.

Q. How soon will martial law be lifted?

A. We will have to study this question, especially after we have access to full information on the security situation. We have to be very careful. We should not let anarchy return to Turkey. The people are very sensitive to this, but everybody should agree that martial law is a temporary regime. It is not permanent.

Süddt. Zeitung, 11.11.1983: Turgut Özal fühlt sich als Margaret Thatcher der Türkei

Der neue Regierungschef will seinem Land eine marktwirtschaftliche Roßkur verordnen

Ankara (dpa/vwd) – *Die Türkei steht vor einer neuen wirtschaftspolitischen Ära. Mit Turgut Özal, dem Sieger der Parlamentswahl, wird ein Mann Ministerpräsident, der sich das ehrgeizige Ziel gesetzt hat, die Türkei von Grund auf von ihren ökonomischen Leiden zu befreien. Die Medizin wird den Türken bitter schmecken. Mit einer marktwirtschaftlichen Roßkur, die auf eine rigorose monetaristische Politik setzt und einen weitreichenden Strukturwandel in Industrie, Banken und Verwaltung erreichen will, soll das Land saniert werden.*

Der strenggläubige Moslem und energiegeladene Macher Özal hatte schon seit 1980 unter einer konservativen Regierung und dann unter den Militärs bis 1982 erfolgreich den Weg aus dem wirtschaftlichen Chaos geebnet. Nun will er, der von seiner Wirtschaftspolitik einmal sagte, sie sei der von Margaret Thatcher fast gleich – „aber mit dem Unterschied, daß ich erfolgreich bin" –, an die Wurzeln der türkischen Übel.

Verdeckte Inflation

Den meisten Türken geht es derzeit schlecht. Seit 1980 sinken die Realeinkommen. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt bei 950 $ (rund 2500 DM) pro Jahr, 1980 waren es noch 1312 $. Mehr als drei Millionen Arbeitslose müssen sich in einem Land ohne Sozialversicherung durchschlagen. Jedes Jahr drängen angesichts einer Geburtenrate von fast 3% etwas mehr als 500 000 neue Arbeitskräfte auf den Markt. Aber selbst bei günstigen Wachstumsraten entstehen bestenfalls 250 000 neue Arbeitsplätze. Die Inflation, die Özal zwischen 1980 und 1982 von über 100% auf 27% gedrückt hatte, liegt jetzt wieder über 30%. Özal spricht sogar wegen einer zum Teil „verdeckten Inflation" von 40%.

Aber trotz der Verelendung der türkischen Arbeitnehmer hat sich die Lage der türkischen Wirtschaft seit Ende der siebziger Jahre, als das Land praktisch bankrott war, stabilisiert und verbessert. Die Freigabe von Preisen und Zinsen trocknete die Schwarzmärkte aus, die Versorgungsmängel sind behoben, die Läden heute prall gefüllt, während noch 1979 Zucker, Zigaretten und Margarine nur unter dem Ladentisch zu haben waren. Auch die gigantischen Haushaltsdefizite gehören der Vergangenheit an. Die Türkei erzielt inzwischen beachtliche Wachstumsraten. War das Bruttosozialprodukt 1980 noch um 1,1% gesunken, so stieg es im Jahr darauf bereits um 4,3%, 1982 sogar um 4,4%. Die für dieses Jahr erhoffte Steigerungsrate von 4,8% wird zwar nicht erreicht werden. Knapp 3% sind nach Ansicht westlicher Wirtschaftsexperten aber realistisch. Das Außenhandelsdefizit des mit mehr als 17 Mrd. $ (44 Mrd. DM) verschuldeten Landes wird 1983 bei etwa 600 Mill. $ liegen, so daß die Türkei auch weiterhin auf ausländische Finanzhilfe angewiesen bleibt, wenn auch in abnehmendem Maße.

Die Türkei hat aufgrund der Politik Özals – die auch nach seinem Rücktritt im Prinzip fortgeführt wurde – an Vertrauen gewonnen. Der Internationale Währungsfonds (IMF) und die Weltbank veröffentlichten optimistische Prognosen. Özal sieht im Wachstum der exportorientierten Industrie die entscheidende Voraussetzung, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. „Sieben Prozent Wachstum sind notwendig, damit wir mit der Arbeitslosigkeit fertig werden", meint er. Sein Programm zielt auf die Privatisierung zahlreicher Staatsbetriebe, denn z. Z. gehören fast 80% der Unternehmen dem Staat. Dies ist ein Erbe von Staatsgründer Kemal Atatürk, der nach dem Zusammenbruch des osmanischen Reiches eine moderne Wirtschaft aus dem Boden stampfen wollte und dem Staat dabei eine entscheidende Rolle zuwies. Nun sollen sogar die Bosporus-Brücke zwischen Europa und Asien sowie Staudämme verkauft und mit dem Erlös neue Projekte finanziert werden. Die staatliche Fluggesellschaft, Energiekonzerne und Bergwerke kommen möglicherweise ebenfalls auf die Privatisierungsliste.

TÜRKEI–INFODIENST der alternativen türkeihilfe
c/o Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford

Postvertriebsstück 1 D 3417 D Gebühr bezahlt

eine Erklärung zu Ende. Der Grund dafür waren die unterschiedlichen Meinungen, die über die Gründung der türkischen Republik Nordzypern herrschten.
Die Meinungsverschiedenheiten, die zur Nichtabfassung der Erklärung führten, entstanden, weil die griechische Führung in Zypern auf eine kritische Erklärung nicht verzichten wollte und im Gegenzug die türkische Seite eine moderate Formulierung befürwortete.

Milliyet vom 28.11.1983

Der erste Teil der US-Hilfe kommt bald

Die für Griechenland, Zypern und die Türkei zuständige Beauftragte des amerikanischen Kongresses, Ellen Laipson, sagte, daß die Unabhängigkeitserklärung in Zypern auf die Türkei-Hilfe keine Folgen haben werde.
Nachdem der US-Kongreß am 23 Januar in Urlaub ging, ging die Zuständigkeit für Hilfeleistungen an Präsident Reagan übe.. Nun wird erwartet, daß die Hilfe in Höhe von 930 Millionen Dollar in kommenden Wochen an die Türkei überwiesen wird. Laipson meinte, daß die griechische Lobby in USA nicht mehr so stark sei und nicht erwartet werde, daß der Kongreß gegen die Interessen der Türkei einen Beschluß faßt.

Milliyet vom 28.11.1983

Türkmen:"Wir haben Erleichterungen zur Versorgung der Friedenstruppe im Libanon eingeräumt"

Der türkische Außenminister Ilter Türkmen erklärte, daß die Türkei Erleichterungen bei der Versorgung der multinationalen Friedenstruppe im Libanon eingeräumt habe. Er sagte:*"Diese Erleichterungen werden jedoch im Rahmen des Akzeptablen bleiben. Wir begnügen uns mit einer begrenzten Unterstützung."*
Ferner sagte Türkmen:*"So wie alle anderen fremden Staaten hat auch die Sowjetunion kein Mitspracherecht über die Stützpunkte auf türkischem Territorium. Haben wir jemals Erklärungen abgegeben über das sowjetische Territorium und die Stützpunkte darauf?"*

Cumhuriyet vom 29.11.1983

Türkmen: Wir haben in den letzten 3 Jahren gezeigt,daß wir nicht von westlichen Ländern gelenkt werden

Außenminister Ilter Türkmen sagte:*"Ich glaube, daß wir in den letzten 3 Jahren zur Genüge bewiesen haben, daß wir ‚nicht von westlichen Ländern gelenkt werden."*
Türkmen gab seiner Befürchtung Ausdruck, daß in den kommenden Wochen, in denen die US-Hilfe an die Türkei festgelegt wird, die griechische Lobby im US-Kongreß in Aktion treten und die Administration unter Druck setzen könnte.

Cumhuriyet vom 19.11.1983

Türkmen: Wir haben es nicht befürwortet. Wir haben es zu verhindern versucht

Außenminister Türkmen gab nach seinen Gesprächen in London eine Pressekonferenz und äußerte sich zur Gründundung des türkischen Staates Nordzypern:*"Wir haben es nicht befürwortet. Im Gegenteil, wir wollten es verhindern. Sie haben aber darauf bestanden. Wir haben praktisch keine andere Alternative gehabt, als sie zu anerkennen und zu unterstützen."*

Tercüman vom 20.11.1983

Evren hat Reagan 'Nein' gesagt

Präsident Ronald Reagan hat durch seinen Nahost-Sonderbeauftragten Donald Rumsfeld Staatspräsident Kenan Evren übermitteln lassen, daß er sich wünscht, daß die Unabhängigkeitserklärung des türkischen Staates Nordzypern zurückgezogen wird und die Türkei diesen Staat nicht anerkennt.
Wie wir aus einer gut informierten Quelle erfahren konnten, teilte Staatspräsident Kenan Evren mit, daß von einem Verzicht auf die Unabhängigkeitserklärung seitens des türkischen Staates Nordzypern keine Rede sein könne und die Türkei die Anerkennung dieses Staates nicht zurückziehen werde.





IMPRESSUM
TÜRKEI–INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 70 88, 4900 Herford
Einzelpreis: 1,50 DM
Abonnement: 6 Monate: 20,- DM; 1 Jahr: 40,- DM
Kündigungsfrist: Spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abos. Wird das Abo nicht gekündigt, so verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum
Zahlungen nur nach Erhalt einer Rechnung auf eines der folgenden Konten:
Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01 - 304, BLZ: 250 100 30
Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford - Bünde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20
Der Türkei - Infodienst erscheint 14-tägig